

## **Wirtschaftsministerkonferenz am 21./22. Juni 2023**

### **TOP 2.4 Einführung eines Transformationsstrompreises**

#### **Beschlussvorschlag der Länder Hamburg, Saarland und Niedersachsen**

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine insbesondere auch die Energiepreise dramatisch angestiegen sind. Diese Preissteigerung trifft alle Verbraucher, jedoch die energieintensive Industrie, die im internationalen Wettbewerb steht, im besonderen Maße.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz erkennt an, dass die bereits von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen wie die Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen wirksame Maßnahmen zum kurzfristigen Abdämpfen der Krise sind. Sie reichen jedoch nicht aus, um die bestehende Existenzgefährdung der hiesigen Industrie abzuwenden. Die zukünftig erwarteten hohen Energiekosten dürfen nicht als neues Normalniveau hingenommen werden.
3. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung nachdrücklich gebeten, für den Zeitraum, in dem noch nicht ausreichend Strom aus Erneuerbaren Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht, einen Transformationsstrompreis einzuführen. Das in diesem Zusammenhang vorgelegte Konzeptpapier des BMWK vom 5. Mai 2023 mit einem Brückenstrompreis bis 2030 und einem langfristigen Transformationsstrompreis für erneuerbaren Strom wird als Diskussionsvorlage für die weitere Diskussion grundsätzlich begrüßt. Um eine Eingrenzung der förderfähigen Unternehmen auch beihilferechtlich zulässig vorzunehmen, eignet sich daher auch nach Auffassung der Wirtschaftsministerkonferenz das etablierte Verfahren der "Besonderen Ausgleichsregel". Wettbewerbsfähige Strompreise sollen auch für kleine und mittlere energieintensive Unternehmen erreicht werden.
4. Instrumente für die Gewährleistung eines sowohl wettbewerbsfähigen als auch klimafreundlichen Stromdargebots stehen grundsätzlich in Form von Differenzverträgen („Contracts for Difference“, „CfD“) und Stromkaufvereinbarungen („Power Purchase Agreements“, „PPA“) zur Verfügung. Allerdings bedarf die Einführung von CfD bzw. die Optimierung und Anpassung des Ordnungsrahmens für PPA einer vertieften rechtlichen und energiewirtschaftlichen Analyse. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet daher die Bundesregierung, kurzfristig eine solche Bewertung vorzulegen. In beiden Fällen fordert die Wirtschaftsministerkonferenz, dass der Staat Ausfallrisiken übernehmen muss, um das Ziel hinreichend verfügbaren wettbewerbsfähigen und klimafreundlichen Stromes zu erreichen.
5. Der Transformationsstrompreis muss zeitnah eingeführt werden und sollte einfach, ohne hohen bürokratischen Aufwand zugänglich und umsetzbar sein. Sachfremde Zugangskriterien sind zu vermeiden.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz setzt sich für die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß ein, die eine erste, sofort und in der Breite diskriminierungsfrei wirksame Maßnahme gerade für die Unternehmen sein wird.

7. Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang aus Sicht der WMK für eine faire Netzentgeltverteilung Lösungen zu entwickeln.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass nur mit bezahlbaren Energiepreisen der bereits begonnene Transformationsprozess der hiesigen Industrie sichergestellt werden kann. Die Umstellung auf erneuerbare Energieträger, die Elektrifizierung von Produktionsprozessen, der zunehmende Einsatz von Wasserstoff in der Energiewirtschaft und Industrie, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung sowie die Entwicklung und Umsetzung von nachhaltigen Produkt- und Prozessinnovationen erfordern hohe Investitionen. Industriebetriebe brauchen deshalb zeitnah eine klare Perspektive, dass ausreichend, sicher und preisgünstig Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung steht und sie weiterhin wettbewerbsfähig am Standort produzieren können und ihre Investitionen sowie die damit verbundenen Kapital- und Betriebskosten auch im nächsten Jahrzehnt noch rentabel refinanziert werden können.
9. Bei der Umsetzung von Vorstellungen der EU und des BMWK zur Förderung von Investitionen in den beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien über PPAs oder CfDs ist sicherzustellen, dass auch kleine und mittlere Unternehmen einen sicheren und umfassenden Zugang zu der Versorgung mit Strom aus EE erhalten. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Instrumente müssen unbedingt um eine Mittelstandsperspektive erweitert werden.